

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

7.6.1849 (No. 22)

Karlsruher Zeitung.

Organ der provisorischen Regierung.

Donnerstag, 7. Juni.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Postzeitung oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karls-Riedrichs-Strasse Nr. 14., wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden

1849.

N. 22.

Amtlicher Theil.

Im Namen des Volkes in Baden die provisorische Regierung.

Dem „Klub des entschiedenen Fortschrittes“ dahier haben wir auf das durch Deputation gestellte Verlangen Folgendes zu erwiedern:

ad 1.

Mit Freuden vernehmen wir den Wunsch der Wehrmänner, in den Kampf geführt zu werden. Dieser Kampf ist seit gestern an der heftigen Gränze wieder entpönnen; die ganze Redararmee wird vorrückend und zur Unterstützung derselben werden daher die bereitesten hiesigen Streikkräfte abmarschiren; ein Theil davon wird nach Rheinbayern zur Unterstützung der dortigen Operation gehen. Ueber die Anordnung dieser Maßregeln haben wir dem Stadtkommandanten Reiningger die nöthigen Befehle gegeben.

ad 2.

An die Stelle der Bürger Fidler und Sigel haben wir gestern schon die Bürger Ebibant und Naveaux provisorisch als Mitglieder unserer Regierung ernannt.

ad 3.

Wo es nöthig war, haben wir bis jetzt von sämmtlichen Verwaltungszweigen die unserer Sache schädlichen Beamten entfernt; wir werden in dieser Weise fortfahren.

Im Uebrigen werden bei dem proklamirten Martialgesetz die energischen Maßregeln getroffen werden.

Der Befehl des Bürgers Heunisch ist von uns aufgehoben.

ad 4.

In dem Augenblicke, wo die Volkvertreter hier zusammenzutreten, halten wir es nicht für angemessen, einen Wechsel in den Chef des Kriegeministeriums vorzunehmen; dagegen wird das Kriegeministerium augenblicklich mit geeigneten Kräften von uns vervollständigt werden. Es wird auch von heute an die Löhnung der Volkwehrmänner ausbezahlt werden, wie es bisher schon geschehen ist. Was an Geschützen disponibel ist, soll zur Volkwehrt-Artillerie verwendet werden. Die nöthige Ausrüstung wird stattfinden, sobald uns Geldmittel zu Gebote stehen.

ad 5.

Die auswärtigen Angelegenheiten liegen nicht brach; in den wichtigsten Orten, von wo aus für unsere Sache gewirkt werden kann, haben wir Bevollmächtigte.

ad 6.

Was in Herbeischaffung der Geldmittel bis jetzt möglich war, ist geschehen. Ein Gesetzentwurf über ein Zwangsanlehen bei den Reichern ist vorbereitet, und wird der konstituierenden Versammlung vorgelegt werden.

ad 7.

Der General Mieroslawski wurde schon vor 14 Tagen zum Oberkommandanten der badischen und pfälzischen Streitkräfte von uns ernannt. Wir haben ihm zur Hierherreise mit einigen andern Staatsoffizieren die nöthigen Geldmittel nach Paris geschickt.

ad 8.

Wegen der Verhaftung unseres Mitbürgers Fidler haben wir sogleich an das Württembergische Volk den energischen Aufruf erlassen, wir haben ferner den Abgeordneten Naveaux nach Stuttgart geschickt, um zur Befreiung Fidler's alle möglichen Schritte zu thun, insbesondere der württembergischen Regierung zu erklären, daß wir die Verhaftung Fidler's für eine Kriegserklärung ansehen und darnach handeln werden.

ad 9.

Die politische Vereinigung Badens mit der Rheinpfalz ist angebahnt, und die Genehmigung wird von der konstituierenden Versammlung verlangt werden. Zum energischen Einschreiten gegen die Festungen Landau und Germersheim werden wir den Oberkommandanten die nöthige Weisung geben.

ad 10.

Es versteht sich von selbst, daß wir in unserer politischen Wirksamkeit keinen andern Standpunkt haben, als den des europäischen Völkereampfes; vor Allem aber muß Baden, so weit seine schwachen Kräfte reichen, das Panier der Freiheit und Einheit Deutschlands vorantreiben.

Karlsruhe, den 6. Juni 1849.

(L. S.) L. Brentano. Goegg. Peter.

Im Namen des Volkes in Baden die provisorische Regierung.

Wir haben seit dem Beginne der Revolution wohl hinreichende Beweise gegeben, daß wir so lange als möglich mit den gelindesten Mitteln unsere Maßregeln durchzuführen suchten; ja wir haben standhaft die von vielen Seiten uns zugekommenen Aufforderungen zur Anwendung der durch die revolutionären Zustände bedingten Strenge zurückgewiesen, und die Vorwürfe, daß wir den reaktionären und contrere-

volutionären Bestrebungen nicht mit der gehörigen Kraft entgegentreten, hingenommen.

Von Tag zu Tag hat es sich mehr gezeigt, daß hierdurch die Partei, welche der jetzigen Regierung feindlich gegenüber steht, diese unsere Schonung nicht anerkennt, daß die Aufreizungen gegen unsere Anordnungen sich auf eine bedenkliche Weise steigern, und die Widergesetzlichkeit gegen unsere Befehle und die Anordnungen unserer Beauftragten sich häufen.

Es sind die Verweigerungen, die Steuern zu bezahlen, hinzutreten, offenbar in der Absicht uns zu hemmen, und die Durchführung der Revolution behufs der Erreichung des gemeinschaftlichen Zieles unmöglich zu machen.

Die zu den Waffen gerufene Mannschafft, so wie die unter den Waffen stehenden Männer sucht man zum Ungehorsam gegen die Befehle der Regierung und ihrer beauftragten Kommandanten aufzureizen und dadurch eine gehörige Operation gegen den Feind zu verhindern.

Wir sind daher Angesichts der großen Verpflichtung, die wir übernommen, gegenüber den Maßregeln, welche der an der Gränze stehende Feind in seinem eigenen Lande ergriffen, dem Vaterlande, der uns anvertrauten großen Sache der Freiheit schuldig, nunmehr diejenigen Anordnungen zu treffen, welche erforderlich sind, um jede Unordnung und jede Widergesetzlichkeit gegen unsere Befehle und Maßregeln wirksam zu beseitigen, und haben daher beschlossen:

Art. 1.

Das Land wird von der heftigen Gränze bis zur Murg einschließlich der Festung und des Amtsbezirks Rastatt in den Kriegszustand erklärt.

Art. 2.

1. Wer in diesem Bezirke in Beziehung auf die Zahl, die Marschrichtung der operirenden Truppenkorps, die angeblichen Siege des Feindes oder angeblichen Niederlagen unserer Armee falsche Gerüchte ausstreut oder verbreitet, welche geeignet sind, das Publikum zu beunruhigen, oder die Zivil- und Militärbehörden in Beziehung auf ihre Maßregeln irre zu führen;

2. einer zuständigen Handlung der Zivil- oder Militärbehörde sich widersetzt;

3. gegen die jetzt bestehende Regierung oder ihre Behörden zum Ungehorsam oder Widergesetzlichkeit aufgereizt;

4. die aufgebotene Mannschafft vom Einrücken abzuhalten oder die unter den Waffen stehende Mannschafft zum Ungehorsam oder zur Treulozigkeit zu verleiten sucht, wird sofort verhaftet und so lange der Kriegszustand dauert, als Kriegsgefangener behandelt.

Art. 3.

Je nach Umständen steht es den Truppenkommandanten zu, solche Kriegsgefangene sofort vor ein Kriegsgericht zu stellen und kriegsrechtlich aburtheilen zu lassen.

Art. 4.

Ueber die Zusammensetzung des Kriegsgerichts und seine Zuständigkeit ist der Kriegeminister unter Bestimmung des Zivilkommissärs eine Verordnung zu erlassen berechtigt.

Art. 5.

Eben so hat der Kriegeminister unter Bestimmung des Zivilkommissärs das Recht, sobald er es für nothwendig erachtet, das Standrecht zu proklamiren und dieses sofort in Anwendung zu bringen.

Art. 6.

Gegen Jeden, welcher sich mit den Waffen in der Hand den Anordnungen der Zivil- oder Militärbehörden widersetzt, ist sofort mit Waffengewalt einzuschreiten.

Wir versehen uns zu allen Denjenigen, denen es darum zu thun ist, die Freiheit zu erringen und zu begründen, daß sie durch alle Mittel der Belehrung und Verständigung dahin wirken werden, daß von der Anwendung des Gesetzes einen wirklichen Gebrauch zu machen nicht nöthig wird, und erwarten namentlich von unsern Beauftragten, daß sie selbst keine Veranlassung geben werden, daß Thatfachen sich ereignen, welche ein solches Einschreiten gebieten müßten, und daß namentlich keine unbegründeten, aus Privatleidenschaften abgeleiteten Anzeigen und Verhaftungen vorkommen, indem wir andernfalls mit der gleichen Strenge solchen Mißbrauch der Amtsgewalt zu bestrafen keinen Anstand nehmen werden.

Karlsruhe, den 5. Juni 1849.

Die provisorische Regierung.

L. Brentano. J. Peter. A. Goegg.

Die Emigranten in Frankreich und der Schweiz.

In den Grenzorten Frankreichs und der Schweiz wimmelt es von Flüchtlingen, die ihr gutes Gewissen über die Grenze getrieben. Diefelben Leute, welche vor kurzem in kalter Herzlosigkeit sich über die Noth und die Verfolgungen der stützigen Republikaner freuten, sehen jetzt vom Auslande die Republikaner an der Spitze des badischen Volks. Ihr Loos ist dabei erträglich genug, denn ihnen fehlt es am wenigsten an Dem, was so manchen Freiheitskämpfer zur Ver-

zweiflung brachte: sie besitzen Geld und sie finden Schutz! Und wie sie Beides benötigen, ist kein Geheimniß mehr. Die deutschen Republikaner waren es, welche von den beiden Nachbarrepubliken mitunter auf die empörendste Weise verfolgt und mißhandelt wurden; die deutschen Royalisten sind es, welche in diesen Republiken die freundlichste Aufnahme finden. Wir würden unsern Nachbarn schweigend überlassen, in diesem Widerspruch eine Beschämung ihres republikanischen Sinnes zu erkennen, wenn uns nicht das Interesse unserer Revolution geböte, das Schweigen zu brechen.

Was die Schweiz betrifft, so hat sie zwar beschlossen, daß die reaktionären Flüchtlinge 6 Stunden von der Gränze ins Innere zu weisen seyen. Allein sie hat zugleich die bei dem früheren Verfahren gegen die Republikaner nicht beobachtete Humanität geübt, den Kranken und Greisen den Aufenthalt an der Gränze zu gestatten.

Und diese Kategorie der Kranken und Greise ist eben sehr weit, so daß sie Raum genug bietet für alle mögliche Vermittler, Intriguanen und Vorposten der reaktionären Emigration. Namentlich gilt dies in Bezug auf Basel, welches von jeher ein Hauptquartier und Stützpunkt der deutschen Reaktionäre war. Wir glauben, der Schweiz die Zumuthung machen zu dürfen, daß sie gegen die royalistischen Ausreißer mindestens dieselbe Strenge üben werde, womit sie die ihr befreundeten Freiheitskämpfer behandelt hat. Wir wünschen mit der Schweiz in den freundschaftlichen Beziehungen zu stehen und zu bleiben, ja wir erklären sogar, daß wir von der Schweiz alle Unterstützung bei den Kämpfen erwarten, die sich vorbereiten und zu europäischen Kämpfen führen können; aber wir setzen voraus, daß nicht die reaktionäre, sondern die progressive Schweiz unsere Nachbarin ist, und wir werden sie zunächst daran erkennen, daß sie den reaktionären Umtrieben alle Zufuhr von der Schweiz aus abschneide. Obgleich wir die Gränzbewachung unsererseits nicht für überflüssig halten, so wünschen wir doch derselben so weit entbunden zu seyn, daß sie nicht in eine unserm Vertrauen und unserer freundschaftlichen Nachbargegnung widersprechenden Strenge aufzutreten braucht.

Dringender noch, als die Schweiz, glauben wir das benachbarte Frankreich zur Aufmerksamkeit auffordern zu dürfen. Die französische Republik hat früher, behufs einer speziellen Verordnung, die deutschen Republikaner ins Innere verwiesen, ja, sie zum Theil aus Frankreich gänzlich vertrieben. Jetzt aber ist die ganz deutsch-französische Gränze, nämlich von Straßburg herunter, von flüchtigen Royalisten förmlich belagert, und es geschieht nicht das Mindeste, ihre Umtriebe zu erschweren, geschweige denn eine Verweisung ins Innere zu bewerkstelligen.

In einer solchen Verweisung erkennen wir aber das einzige Mittel, uns vor verderblichen Einwirkungen sicher zu stellen, da wir wissen, daß die betreffenden Emigranten nicht bloß mit Geldmitteln zur Betreibung der Contrerevolution reichlich versehen, sondern daß sie auch bereit sind, dieselbe in jeder Weise ins Werk zu richten. Die französische Republik hat früher durch die Nationalversammlung erklärt, daß sie mit Deutschland einen „brüderlichen Bund“ schließen wolle. Sie hat unterdessen erkannt, daß dieser Bund noch nicht möglich war, weil in Deutschland noch immer die Reaktion der heiligen Allianz dominierte, welche Frankreichs Todfeindin stets gewesen ist und stets bleiben wird. Jetzt aber ist der Weg zu dem brüderlichen Bund gebahnt. Was den ist die Brücke dieser Verbrüderung. Nur ein freies Deutschland kann sich mit dem freien Frankreich verbinden. Wir glauben, daß diese Wahrheit namentlich in dem benachbarten Elsaß wird erkannt werden. Wir stützen uns auf das Elsaß, wir stützen uns auf Frankreich in einem Kampf, der den ewigen Feinden Frankreichs und des freien Volks gilt. So glauben wir denn auch von Frankreich die Beweise einer aufrichtigen Freundschaft erwarten zu dürfen, und unter diesen Beweisen wird der erste die Unschädlichmachung der royalistischen Emigranten an der Gränze seyn.

Deutschland.

© Karlsruhe, 6. Juni.

(Die Dyposition.) Es sind über drei Wochen, daß die neue Ordnung der Dinge in Baden waltet, und noch ist bis gestern keine Dyposition irgend einer Art laut geworden, so daß wir ein ausgezeichnetes Mitglied der provisorischen Regierung selbst darüber klagen hörten. Während die entscheidendere Fortschrittspartei bisher aus Diskretion zurückhielt, um bei dem Kampfe gegen äußere Feinde nicht das gefährliche Schauspiel innerer Zwistigkeiten zu geben, während die Reaktion aus Feigheit schwieg, war allmählig die Regierungsgestalt in eine Entwicklungsphase getreten, welche, zur Schlichtung der schwankenden Majorität in ihrem Innern, so wie zur raschern Manifestirung des Volkswillens, einer weiter treibenden Partei bedarf. Eine aus dem Volk hervorgegangene und zu raschen, entscheidenden Tha-

ten berufene Regierung kann sich nur freuen, wenn das Volk, unter dem Schein der Opposition ihr vorangeht, und ihren kühnen Entwürfen Bahn bricht. Ein solches Verhalten gibt der Regierung Kraft, statt sie ihr zu nehmen; es beschleunigt ihre Entschlüsse und macht sie des Erfolges gewiß! Der offizielle Charakter, welcher jeder Handlung oder Äußerung der regierenden Personen notwendig anhebt, macht es ihr zum dringendsten Bedürfnis, daß Andere weiter gehen, als sie. Dennoch hatten die entschiedeneren Demokraten, um der Gegenpartei die Freude zu verderben, als ob bei uns Zwietracht herrsche, lange gezögert, hervorzutreten. Als sie aber bemerkten, daß ihre Resignation falsch ausgelegt wurde, daß die Reaktion, statt ihr edles Beispiel zu befolgen, vielmehr wieder das Haupt erhob, und schon durch einige untergeordnete und blinde Werkzeuge hier und da Terrain ergreifen ließ, als sie sahen, daß Leute, welche den Landesauschuss, scheinbar zu belohnen, akzeptiert hatten, jetzt der Thatsache der Regierung alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen suchten, daß Feiglinge schon wagen, jeden entschlossenen Revolutionär zu begeißeln, da durften diejenigen, welche die ganze Revolution wollen, und nicht die halbe, die unendlich viel mehr Opfer kostet, nicht länger zögern, hervorzutreten, und sie werden ihre Schuldigkeit thun!

Selbst Regierungen wie die englische, wünschen sich, wenn sie klug oder ehrlich sind, eine talentvolle Opposition; die Opposition gehört gerade so gut zum Regierungsorganismus, wie irgend eine Verwaltungsbehörde. Das werden freilich viele Leute in Baden noch nicht begreifen; aber wir antworten ihnen mit dem Ausspruch jenes indischen Weisen, der vor 2800 Jahren gesagt hat: „Der Haß der Götter gereicht dem Gerechten zur Ehre, es ist sein Verdienst, den man ihm auf das Grab malen soll!“ — Und die Jakobiner frugen ihre Adepten: „Was hast du gethan, daß die Royalisten dich umbringen würden, wenn sie zurückkehrten?“ — Heut zu Tage gehört freilich nicht viel dazu, um von den Royalisten umgebracht zu werden, wie Wien, Berlin, und Dresden beweisen, und gerade die Moderirten fallen oft zuerst. — Da ich einmal uns Jüdisen gerathen bin, so schreibe ich mit den Bibelwörtern: „Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert!“ — „Das Himmelreich leidet Gewalt, und die ihm Gewalt anthun, reißen es an sich!“ —

○ **Karlsruhe**, 5. Juni. Preußen hat eine Reichsverfassung oktroyirt; über den Inhalt derselben reden wir nicht. Der Inhalt einer oktroyirten Verfassung ist völlig gleichgültig, denn, was etwa davon erträglich scheinen könnte, wird doch von der Regierung, die mächtig genug ist zum Oktroyiren, nicht gehalten. Das Lächerliche dabei ist diesmal die Gegenstandslosigkeit der Oktroyirung, eine Reichsverfassung und das Reich fehlt! — Sachsen und Hannover, von denen das letztere schon wieder zurückgetreten seyn soll, sind die Staaten, welche mit Preußen das Reich bilden sollen. Dazu mußte Dresden erst niederfartätscht werden. Eine schöne Perspektive, wenn so der Kern des Deutschen Reiches gebildet wird! — Uebrigens steht auch diese oktroyirte Reichsverfassung nur auf dem Papiere; wenn die Tyrannen siegen, wird selbst dieser Rest nicht bleiben.

Nun aber fragen wir die „legalen“ Mitglieder des deutschen Parlaments: wenn sie mit ihrem „Festhalten“ an der unmöglich gewordenen Kaiserverfassung, mit ihrem „legalen“ (!) Ausscheiden aus dem Parlamente (weil ihnen die Fürsten keine Diäten mehr bezahlten) die Oktroyirung vorbereiten, haben sie dann das Recht, diese scheinheiligen Heuchler, uns in Baden vorzuwerfen, daß uns die Reichsverfassung nur ein Anhängsel sey, hinter dem wir etwas Anderes (und was denn?) verfolgen, als die Einheit und Freiheit der deutschen Nation!

Karlsruhe, 6. Juni. Mündlicher Verabredung zufolge versammelte sich gestern Nachmittag eine Anzahl hier anwesender Bürger aus Baden und anderen Gegenden Deutschlands, um über die Lage des Vaterlandes sich gemeinschaftlich zu beraten. Durch Affirmation wurde der Bürger Gustav Struve zum Vorsitzenden und der Bürger Martiny zum Schriftführer erwählt. Auf den Vorschlag des Bürgers Struve konstituirte sich sodann die Versammlung als Klub, welcher sich die Aufgabe stellte, die politischen Angelegenheiten im Sinne des entschiedenen Fortschritts zu überwachen und nach Kräften zu leiten. Nachdem der Klub dem entschiedenen Fortschritte ein dreimaliges begeistertes Hoch ausgebracht, entwickelte Bürger Tschirner aus Dresden, wie die gegenwärtige provisorische Regierung von Baden die Revolution nicht in dem Sinne zu begreifen und sie nicht so zu leiten scheine, wie die Gefahr des Vaterlandes es erheische. Er legte einen Antrag vor, nach welchem die provisorische Regierung angegangen werden soll, den vorherrschenden Uebelständen Abhilfe zu verschaffen.

Die einzelnen Punkte dieses Antrags wurden nach einer kurzen Diskussion über den Vorschlag im Allgemeinen zur Erörterung gestellt. Das Resultat der gesammten Diskussion und der Abstimmung war die Annahme folgender Petition an die provisorische Regierung hiersebst.

- Die provisorische Regierung möge:
- 1) Alle bereiten Streitkräfte so schnell und so energisch als möglich zum Kampfe führen.
 - 2) Eine erhöhte revolutionäre Thatsache entwickeln.
 - 3) An die Stelle des verhassten Bürgers Fickler und des abwesenden Bürgers Sigel zwei andere Männer und zwar von entschiedener Farbe in ihre Mitte berufen.
 - 4) Sämmtliche vier Ministerien und ihre Unterbehörden und insbesondere das ganze Heer von allen reaktionären Elementen reinigen und solche reaktionäre Subjekte unschädlich machen, auch radikale Zivilkommissäre einsetzen, diese ermächtigen, das Martialgesetz zu verkünden und ihnen gestattungsfähige Exekutionstruppen begeben; auch den Befehl des Zivilkommissärs Heunisch, wonach die nichtbadischen politischen Flüchtlinge von der Grenze zurückgewiesen werden, schleunig aufheben.

5) Das Kriegsministerium insbesondere besser als bisher zu organisiren, das zum Zwecke des Unterhalts und der Ausrüstung der Volkswehr erforderliche Budget sofort genehmigen, und insbesondere die Volkswehr-Artillerie kräftig unterstützen.

6) Durch die energischsten Maßregeln möglichst rasch die erforderlichen Geldmittel herbeischaffen.

7) Die auswärtigen Angelegenheiten nicht länger brach liegen lassen.

8) Dem berühmten Feldherrn Mieroslawski sobald als möglich, bis dahin aber dem wackern Sigel den Oberbefehl über die vereinigten badischen und pfälzischen Heere mit ausgedehnter Vollmacht übergeben.

9) Die durchgreifendsten Maßregeln zur Befreiung des Bürgers Fickler treffen.

10) Die politische Vereinigung Badens und der Rheinpfalz sofort einleiten, insbesondere auf die Festungen Landau und Germersheim die durchaus notwendige Aufmerksamkeit wenden und die in dieser Beziehung nöthigen Truppen zur Disposition stellen.

11) Bei allen politischen Anordnungen von dem Standpunkte des europäischen Völkerkampfes ausgehen.

Ueber alle die vorstehenden einzelnen Punkte wurde besonders abgestimmt und sie alle wurden einstimmig angenommen.

Darauf wurden auf den Vorschlag des Bürgers Tiedemann und Neff, sowie des Vorsitzenden die Mitglieder des Klubs: Bürger Vorkheim, Tiedemann, Comlossi aus Rastatt, Becker, Oberkommandant, Bönning, Kommandeur der Flüchtlingskolonne, Reiningger, Stadtkommandant, Michel, Generalstabs-Adjutant, Degen aus Rastatt, Tschirner aus Dresden, und Liebkecht aus Siegen erwählt und von dem Klub beauftragt, eine von den Vorsitzenden und den Schriftführern vollzogene Ausfertigung des beschlossenen Petitions sofort der prov. Regierung zu übergeben.

Bürger Goegg, Mitglied der provisorischen Regierung, erhielt bei dieser Gelegenheit das Wort, und sprach seine Freude darüber aus, daß durch den Zusammenritt des Klubs die Regierung Gelegenheit bekomme, sich über den Volkswillen zu unterrichten, und sich mit diesem in ihren Maßregeln in Uebereinstimmung zu erhalten. Während die Deputation dem ihr gewiesenen Auftrag genügt, wurde beschlossen, dem Klub den Namen: „Klub des entschiedenen Fortschritts“ zu geben, und die Mitglieder zeichnen ihre Namen in die zu diesem Behufe aufgelegten Listen.

Nach einer kurzen Vertagung der Sitzung und nach der Rückkehr der Deputation wurde die Verhandlung fortgesetzt. Bürger Vorkheim berichtete für die Deputation, daß dieselbe nur die Bürger Brentano und Goegg im Regierungsgebäude angetroffen und von diesen auf ihren Vortrag und die vorgelegte Petition die Antwort erhalten habe, daß die sämtlichen Mitglieder der Regierung erst morgen früh über die gestellten Anträge zu beraten, und deshalb erst morgen Mittag um 12 Uhr einen definitiven Bescheid zu ertheilen im Stande seyen.

Der Vorsitzende legte einen Entwurf der Statuten des Klubs vor, welcher, wie folgt, ohne Diskussion einstimmig angenommen wurde.

Statuten.

§. 1. Der Zweck des Klubs des entschiedenen Fortschritts besteht in Besprechung über die politischen Verhältnisse und Durchführung des heute in der beschlossenen Petition enthaltenen Programms.

§. 2. Der Klub wird gebildet durch sämtliche Bürger, welche heute ihren Eintritt durch ihre Namensunterschrift beurkundet haben.

§. 3. Wer von nun an beitreten will, muß sich durch zwei Mitglieder vorschlagen lassen; wenn sich keine Stimme gegen den Vorschlag erhebt, so ist der Vorschlag angenommen. Erhebt sich Einsprache, so entscheidet die Versammlung nach vorgemommenem Berichte des Ausschusses.

§. 4. Die Geschäfte des Klubs werden geleitet durch einen Ausschuß von 10 Mitgliedern, einen Vorsitzenden und einen Sekretär.

§. 5. In allen Hauptstädten des Landes sollen Zweigvereine errichtet werden.

Zum Vorsitzenden wurde Bürger Struve, zum zweiten Vorsitzenden Bürger Tschirner, zum Schriftführer Bürger Martiny zunächst für den Zeitraum von 8 Tagen von heute an gewählt. Als Mitglieder des Ausschusses wählte der Vorsitzende zufolge der ihm vom Klub ertheilten Ermächtigung für den gleichen Zeitraum von 8 Tagen die Bürger Vorkheim, Tiedemann, Schramm, Becker, Rosenblum, Bönning, Kango-Westerburg, Reiningger, Michel, Liebkecht.

Außerdem wurde noch der Redakteur der Karlsruher Zeitung, Dr. Dyppeheim, als Vertreter der Presse, zum Mitglied des Ausschusses erwählt. Der Klub endete die heutige Sitzung mit dem Beschlusse, morgen Nachmittags 3 Uhr sich wieder zu versammeln, und die Stunde dieser Zusammenkunft durch Anschlag an den Straßenecken öffentlich bekannt zu machen.

Die Tagesordnung sollen die Entgegennahme des Berichts der Deputation über den Bescheid der provisorischen Regierung, und die hiernach etwa nöthig werdenden weiteren Verhandlungen bilden.

Vollzogen:

G. Struve. Martiny.

△ **Stuttgart**, 5. Juni. Heute Morgen waren über 100 Anmeldungen bei dem Bureau der deutschen Nationalversammlung eingetragen, und dieselbe ist nun beschlußfähig. Morgen um 9 Uhr wird wieder die erste Sitzung gehalten. Die württembergische Kammer hat heute in moutierter namentlicher Abstimmung beschlossen, ihr Haus der Nationalversammlung zur Verfügung zu stellen, nachdem dieselbe Kammer die neuere Reklamation der badischen Regierung mit 72 gegen 9 Stimmen mit Indignation zurückgewiesen (Fickler)

hatte. Obgleich die Heuler schreckliche Angst vor der neuen Thätigkeit der Nationalversammlung haben, obgleich sie wie Benezey, der auf der Tribüne in der Paulskirche offen erklärte, daß er sich vor den Kosaken weniger fürchte, als vor der Revolution für die Reichsverfassung, auch hier und namentlich in der württembergischen Kammer die Herberverlegung für ein Unglück erklärten, — so wird man sich doch einem schädlichen Irrthum hingeben, wenn man von dieser Versammlung noch energische Thaten erwartet. Im Angesicht vor der Anarchie wird sie die Anarchie befördern, wie keine andere Macht der Welt.

Die Männer des Deutschen Hofes, welche im vorigen Sommer so unerstickene Phrasen in die Welt posauten, welche in der Paulskirche so mutbig die Republik ansprachen, sie bebten vor jeder That für die Reichsverfassung zurück; sie lassen sich aus der Pfalz und Baden Briefe schreiben, daß das Volk die jetzige Regierung nicht wolle, daß in der Pfalz das erste preußische Bataillon mit Jubel begrüßt wurde, und wenn man ihnen sagt, „das werden wahrscheinlich Solche seyn, die mehr als 50,000 fl. besitzen“, dann schreien sie, man verläumde; während sie gerade die verläumderischen Schwächlinge sind.

Wahrlich, wenn man den jetzigen Zustand der Gesellschaft betrachtet, so drängt sich die Ueberzeugung auf, daß Alles auf dem Kopfe steht. Seit unendlicher Zeit haben sich die besten Geister des deutschen Volkes abgemüht, die deutsche Nation zu heben, das Gefühl für Freiheit und Einheit zu erwecken, und endlich, als die Zeit naht, wo diese Gedanken verwirklicht werden sollen, da sperrt sich ein eigensüchtiges Phylisterthum, das für sein Vaterland und die Freiheit auch nie einen Fuß gerührt, mit Händen und Füßen dagegen. Und während, als die Zeit der Befreiung herannah, unser arbeitendes Volk edel und hochherzig sich darbietet, während unsere Jugend freitheitglühend und todesmüthig ihr Alles dahin gibt, ihr Leben gerne opfert, wenn sie nur die Freiheit erkämpft; in demselben Augenblicke weigert sich unser Stiezbürgertum, auch nur einen Groschen für die Freiheit zu opfern. Aber die Russen, sie sind schon auf deutschem Boden eingerückt, ja, sie rufen: „Lieber die Russen, lieber die Krute, als die Freiheit, welche einige Thaler kosten könnte“, während doch unsere edle Jugend ihr Leben dafür hingibt. Ja wohl, lieber die Russen, als eulige Thaler geopfert, von Blut und Leben ist ja gar nicht die Rede.

Ihnen gibt man gerne; denn der Despotismus und die rothe Monarchie schaffen ja Ruhe und Ordnung, die Ruhe des Grabes und die Ordnung des Kirchhofes! Für sie hat man auch seit Jahrhunderten willig gezahlt, Milliarden hinausgeworfen zur Erhaltung von Soldnern, die nur dazu da waren, das Volk zu unterdrücken. — Für die Freiheit kein Heller! Ein Waisenkind freilich, das war etwas Anderes, er mußte Geld haben im 30-jährigen Kriege; er erhielt es willig, denn er forderte es mit dem Schwert in der Hand. — Genug, so kann und wird es nicht bleiben, das Rad muß sich drehen; was unten war, muß oben hin, und was oben, unten; nein es ist gegen die Naturgeze; das Cole kann nicht immer vom Schmutz und der Gemeinheit niedergehalten werden, es muß siegen — und edel ist nur unsere Jugend, nur unser arbeitendes Volk.

Zur Sache, die Majorität der Nationalversammlung, auch die jetzige, wird die Bewegung in der Pfalz und in Baden für die Reichsverfassung nicht anerkennen, trotz des Hohmes, mit dem die rothe Monarchie ihr entgegentritt; sie wird endlich ein ruhmlöses Grab finden. Zwischen dem Donnersberg und dem Deutschen Hofe, dessen Mehrheit schon beginnt, die Bahn der verschiedenen „Rechten“ zu wandeln, ist deshalb schon ein scharfer Bruch eingetreten. — Immer zu, besser einen offenen Feind, als Betrüger und Feiglinge in eigenem Lager; darum, ihr Männer, nur kühn und entschlossen, und wir liegen gewiß.

Auf unserm Weg von Frankfurt sind wir in Miltenberg außerordentlich feilich empfangen worden; es galt der äußersten Linken. Ich hörte dort, daß der Spektakel ganz vorzüglich gut sey; in kürzester Frist konnten dort 4000 bis 6000 Schützen aufgetrieben werden, welche verwegend und brauchbar sind, weil die ganze Bevölkerung dort wildert.

München, 2. Juni. (Fr. 3.) Gestern Abend kam die in Berlin gemachte Verfassung hier an; man sagt, die bayerische Regierung sey genehmen, darauf einzugehen, hauptsächlich weil die Kaiserthron darin aufgegeben sey, also wenigstens die nominelle Suprematie Preußens. Auch trägt man sich mit dem Gerüchte, zwei bayerische höhere Offiziere gingen noch heute nach Berlin, weil dort gemeinschaftlich die militärischen Maßregeln festgestellt werden sollen, welche — wahrscheinlich zur Aufrechterhaltung der oktroyirten deutschen Verfassung — nöthig werden. Man spricht hier von Oesterreichern oder Preußen, die die hiesige Garnison verstärken sollen, während einige hiesige Soldaten erzählten, sie kämen nach Berlin. — Fast alle Abend kommen hier Soldatenerzesse vor, wobei die Klängen an Fenstern, Jalousien u. dgl. wehlosen Dingen prohibirt werden. Wenn sich dann ein Bürger über diese Nothheiten beklagt, erhält er vom Kommandanten zur Antwort, die Soldaten seyen eben treue Diener ihres Königs, während die Münchner Bürger (!) Demokraten seyen.

Frankfurt, 4. Juni. (Fr. D. V. A. 3.) Der Reichsminister-Präsident Dr. Grävell hat gestern seine Entlassung genommen. Das Handschreiben des Reichsverweisers an den abgetretenen Minister Grävell, womit derselbe letzteren verabschiedet hat, lautet nach einer getreuen Abschrift also:

Mein lieber Minister Grävell! Die an Mich gestellte Bitte, Ihnen die Entlassung als Minister und einstweiligen Präsidenten zu ertheilen, finde Ich Mich bewogen, zu gewähren. Bei diesem Anlasse finde ich Mich verpflichtet, Ihnen meinen wärmsten Dank dafür auszudrücken, daß Sie Mich mit der uneigennützigsten Selbstverleugnung nach dem Rücktritte des letzten Ministeriums in den Stand setzten, ein neues zu bilden und die Schwierigkeiten zu besiegen, welche

damals darstellten. Ich bedaure sehr, daß Verhältnisse sich bewegen, Ihren Austritt anzunehmen. Mögen Sie überzeugt halten, daß meine aufrichtige Hochachtung und meine Gesinnungen gegen Sie unter allen Verhältnissen sich nicht ändern werden. Frankfurt, am 3. Juni 1849. Herzog Johann. m. p.

Frankfurt, 4. Juni. (N. D. Z.) In Mainz soll dem nächsten nach ein Fürstentag abgehalten werden. Außer dem Reichsverweser sind der Kurfürst von Hessen und der Großherzog von Baden bereits hier anwesend. Der Großherzog von Hessen und der König von Württemberg werden erwartet. Die Durchführung der Verfassung wird schwierig Gegenstand der Beratung seyn, obgleich sie die Theorie der Verfassung anerkannt haben; aber von der Theorie zur Praxis ist's bekanntlich noch weit.

Frankfurt, 5. Juni. (D. V. A. Z.) Der Erzherzog Reichsverweser hat unterm 3. d. M. den großh. hessischen Generalleutnant Fürst August von Sayn-Wittgenstein als Reichsminister des Kriegs, unter Beibehaltung dieser Funktion, zum Präsidenten des Reichsministerraths, und den Reichsminister der Justiz, J. H. Detmold, unter Beibehaltung dieser Funktion, zum interimistischen Reichsminister des Innern ernannt.

Berlin, 1. Juni. (Fr. Z.) Ein neuer Staatsstreik ist erfolgt: das Wahlgesetz ist vom Ministerio umgestoßen und ein neues mit drei Steuerklassen und öffentlicher Stimmabgabe entworfen, welches unter Beibehaltung des Schins des allgemeinen Stimmrechts mit jesuitischer Kunst dasselbe in seiner einfachen Wirkung aufhebt und die Freiheit des Volkes, nach seiner Ueberzeugung zu wählen, mittelst Einführung der öffentlichen Stimmabgabe vernichtet. Denn nichts Anderes heißt öffentliches Stimmabgeben unter dem Regime des jesuitischen Ministeriums und des preussischen Beamten- und Polizeistaats, als Herbeiführung einer politischen Inquisition durch Vernichtung der Wahlprotokolle als Konduitenlisten und Prospektionslisten. Wehe dem Beamten, der seiner Ueberzeugung gemäß jetzt einem Manne der Opposition gegen das Ministerium seine Stimme gibt! Wehe dem Gewerbetreibenden, der in seinem Geschäft gewisse hohe Kundschafft genießt und braucht und der noch glaubt, bei den Wahlen selbständig als freier Mann seine Stimme abgeben zu dürfen! Wehe dem Handwerker und Arbeiter, der dem Gegner seines Kunden oder Meisters und Arbeitgeberers seine Stimme gibt! Seine Selbstständigkeit ist gebrochen. Denn sollen wir uns noch Illusionen über die Absicht und Wirksamkeit dieser Art der Abstimmung machen, wenn jene Zustände bereits faktisch bei uns existiren, wo Beamte, die sich selbständig gezeigt, verjagt, zurückgesetzt, offen und geheim verfolgt und mit tausend Schikanen gepeinigt werden, wo Preussenervereine und Treubunde auffordern, politisch anders denkenden Handwerkern die Kundschafft zu entziehen? Zu der Verfassung und dem Staatsgrundgesetz kommt jetzt das große schwarze Buch des Staates. *Vae victis!* Dennoch hat das Ministerium die Schranken des allgemeinen Wahlrechts für Preußen noch nicht so eng zu ziehen gewagt, wie in dem für die deutsche Verfassung proporzten Wahlgesetz. Es ist noch jeder bisherige Urwähler zugelassen, selbst die Nichtsteuerer. Vielleicht hofft man durch die nächste Kammer die Annahme des Reichswahlgesetzes auch für die engere Vertretung in Preußen durchzusetzen.

Ueber die geheimnißvolle, noch immer räthselhafte Haft des Geh. Rath's Waldeck erfahren wir von glaubhafter Seite Folgendes: Die Untersuchung hat sich bisher auf einen Brief gerichtet, der, an Waldeck adressirt und von d'Estier unterzeichnet, Ersteren in die Dresden'sche Affaire und mit der preussischen Regierung verwickelt. Dieser Brief, von teufelischer Hand fabrizirt und durch dritte, vierte u. Hand den Behörden in die Hände gespielt, hat, wie schon jetzt erwiesen seyn soll, die gefährlichste Unterschrift d'Estier's. Herr Waldeck hat sich nur beschränkt, zu erklären, daß er den Brief gar nicht kenne, und daß es außer seiner Macht liege, zu hindern, daß Jemand einen solchen Brief an ihn richte. Der Handlungsdiener Ohm soll mit der Art und Weise, wie der Brief den Behörden in die Hände gelangt, verwickelt und deshalb verfolgt und in Haft seyn.

Berlin, 2. Juni. (Fr. Z.) An der heutigen Presse verbreitet man ein Gerücht, Bayern hätte unter der Bedingung, daß das preussische Gouvernement ihm in der Pfalz zu Hilfe komme, die preussisch-hannoversch-sächsische Reichsverfassung anerkannt. Von sehr glaubwürdiger Seite wird uns dagegen mitgetheilt, daß dieses Gerücht unbegründet und von Bayern vielmehr das Anerbieten einer preussischen Truppenunterstützung für jetzt dankend abgelehnt worden sey.

Wien, 30. Mai. Die gewöhnlich gut unterrichtete „Allg. Zeitungskorresp.“ aus Wien bringt über die magyarsische Armee folgende Angaben: Die Heeresmacht der Ungarn soll, wie glaubwürdig versichert wird, bereits auf 400,000 Mann angewachsen seyn, und besteht aus 13 Armeecorps-Kommandanten, 160 Generalen, 270 Obersten; dann aus 67 Linien-Infanterieregimentern, 21 Regimentern Honveds, 6 Bataillons der Fremdenlegion, 11 Artillerieregimentern zu 1000 Mann, 1600 Carabinieren, 6 Jägerregimentern, 28 Husarenregimentern, 14 Regimentern berittener Honveds und 2 Regimentern derlei Jäger.

Wien, 30. Mai. Dampfe Gerüchte von einer bedeutenden Schlapper der k. k. Truppen an der Waag, sowie von einer Niederlage des Ban machen heute einen ungünstigen Eindruck auf die „Gutgesinnten“. Daß der Uebergang über die Waag misslungen seyn muß, erbellt aus dem Umstande, daß gestern eine sehr bedeutende Menge von Brückenequipage nach Ungarn transportirt worden, um den Uebergang wahrscheinlich nochmals zu forciren. Man ist nicht ohne Besorgniß, daß die Ungarn den Krieg nun entweder nach Steyermark oder nach Kroatien spielen werden, wozu sie jetzt Gelegenheit haben, da durch den schnellen Abzug des Obersten Knesewitz aus Kancaja klar geworden ist, wie schwach die Grenze besetzt ist.

Wien, 31. Mai. (D. N.) Der k. k. M. Welben ist des Oberbefehls der österreichisch-ungarischen Armee enthoben und kehrt als Gouverneur nach Wien zurück. An seine Stelle tritt K. M. Haynau.

Wien, 31. Mai. (Fr. Z.) Aus Preßburg wird unterm 29. d. berichtet: Bösch, das von den k. k. Truppen aus strategischen Gründen (?) geräumt wurde, haben die Magyaren besetzt. Das Gros der österreichischen Armee befindet sich bei Szerdahely, jenes der ungarischen in dem mehrere Stunden davon entfernten Regyer.

Wien, 31. Mai. (N. D. Z.) Um zwei Kundmachungen sind wir und die deutsche Sprache seit gestern reicher geworden. Ein Urtheil aus Preßburg lautet wörtlich folgendermaßen: „Wilhelm Marasch 10. 10. wurde bei gesetzlich erbobnem Thatschande wegen nächster Beanzeigeung eines nahen Verjuches der Verleitung k. k. Soldaten zum Treubruche nach den bestehenden Gesezen zu einer zweijährigen Zwangsarbeit in leichtem Eisen verurtheilt.“ Es gibt also in der österreichischen Armee ein Gesez gegen die nächste Beanzeigeung eines nahen Verjuches der Verleitung eines k. k. Soldaten!! — Die zweite Kundmachung ist an die „Gutgesinnten“ Wiens gerichtet. Sie werden in aller Höflichkeit aufgefordert, sämtlich Denunzianten zu werden. Schöne Zumuthung! Sogar die Schenke- und Kaffeewirthe werden bemüht, Jeden anzuzeigen und zu verhasen, der sich beim Glase Wein oder Bier „böswillige“ Reden erlaubt. In Deutschland und der ganzen übrigen Welt weiß man aber nicht, was die Militärbehörde unter böswilligen Reden versteht. Böswillig z. B. ist, wenn Jemand so unverschämt ist, zu behaupten, die österreichische Armee sey in Ungarn nicht zu allen Zeiten unüberwindlich gewesen.

Oesterreichische Monarchie.

Briefe aus Bogen vom 31. Mai versichern, daß das Zusammenziehen eines österreichischen Korps in Borarberg größtentheils unterbleiben werde. Radeky will einen Theil der italienischen Armee entlassen. (?)

Italien.

Man versichert, daß der König von Neapel, Spanien und Oesterreich eine von dem Kardinal Antonelli unterzeichnete und genehmigte Protestation erlassen werden, worin sie erklären, daß sie von Frankreich verrathen worden sind, welches, statt im Einverständnis mit den übrigen intervenirenden Mächten zu handeln, wie es unter der Diplomatie von Gaeta verabredet worden war, mit den exkommunicirten Republikanern von Rom in freundschaftliche Beziehungen trete.

Frankreich.

Paris, 2. Juni. Dem Vernehmen nach, schreibt die „Allgemeine Korrespondenz“, beabsichtigt die französische Regierung in der Herzogthümerfrage eine für Dänemark vollkommen günstige Stellung anzunehmen, und wird sich zur Unterstützung der diplomatischen Intervention der Republik ein französisches Geschwader in die Nordsee begeben.

Paris, 3. Juni. Das neue Ministerium beschäftigt, wie natürlich, alle heutigen Journale. Da indessen die Zusammenfassung desselben von der des alten sich nur durch drei neue Namen unterscheidet, welche dem neuen Ministerium eine neue Färbung im Sinne des gemäßigten Fortschritts (Partei Cavaignac) geben, so ist die Polemik über dasselbe sehr unbedeutend. Beachtenswerth ist wohl der Umstand, daß letztere Partei jetzt im Ministerium die Oberhand hat, da man zu ihr 6 von den 9 Mitgliedern desselben rechnen kann, nämlich Dilon Barrot, Dufaure, Tocqueville, Passy, Lanjuinais und Lacrosse. Daß der bisherige Minister des Aeußern Drouin de l'Hay durch Hr. v. Tocqueville ersetzt worden ist, beweist, daß eine Aenderung in der äußeren Politik, namentlich in Bezug auf Italien nahe bevorsteht. Wir erwähnen hiebei eine Aeußerung, die der Marschall Bugeaud dem Präsidenten der Republik gegenüber gethan haben soll: Es gebe nur ein Mittel, um Herr der Lage zu bleiben, die Amnestie zu proklamiren und der heiligen Allianz den Krieg zu erklären. Die Stimmung der Armee, die der Marschall Bugeaud am besten kennen muß, hat, wie versichert wird, nicht wenig dazu beigetragen, diese Ueberzeugung in ihm zu befestigen.

Dilon Barrot wird in einer der nächsten Sitzungen einen neuen Kredit für die italienische Expedition verlangen. Bei dieser Veranlassung wird die römische Frage verhandelt und entschieden werden.

Die gestern mitgetheilte Nachricht über die Wahlen von Algerien ist dahin zu berichtigen, daß der dritte Gewählte, nicht Emil de Girardin, sondern Henri de Riancey, ein bekannter Ultramontaner, ist.

Einer Korrespondenz des englischen Journals Times zufolge ist der junge Sekretär des Hrn. v. Lesseps, Graf Latour d'Auvergne, von den französischen Staatsangehörigen zu Rom übel behandelt worden, die im Auftrage des Hrn. v. Lesseps versammelt worden waren, um die Aufforderung zu vernehmen, ihre Pässe zu nehmen und Rom zu verlassen. Sie pfliffen Hrn. Latour d'Auvergne aus, und erklärten, sie wollten keinen Schutz für sich und ihre Familien, sie verlangten nur Eins, nämlich daß die Ehre Frankreichs gerettet werde. Es erbellt aus allen Nachrichten, daß die Stimmung der Franzosen in Rom der hiesigen Regierung sehr ungünstig ist.

Rußlands Pläne und Erfolge.

Die Bestrebungen deutscher Diplomaten, überall in Deutschland einen abgeschwächten Franzosenhaß zu schüren und Sympathien für Rußland zu wecken, scheiterten bisher an den gesunden fünf Sinnen der Völker. Nur da, wo die Zwingsherrschaft der Bajonette und der jesuitische Pietismus einen gewissen Grad der Dummheit erreicht hat, liebäugelt man

bereits mit den Plänen des Kaiserlichen Hofes und der Plethorikanten der Tarenten; ja die Verblendung geht bei den Obituranten so weit, daß man in dem positiven Verderben, welches der Czar der Moskowiter (von Oesterreich und Preußen herbeigerufen) über den zivilisirten Westen zu verhängen bemüht ist, eine Rettung von einem meist eingebildeten Uebel, dem „Kommunismus“, sucht. Freilich lehrt die Weltgeschichte eine periodische Ueberfluthung des westlichen Europa's durch den Osten und durch Asien, aber sie lehrt uns auch ein allmähliges Tagwerden bei östlichen Völkern; eine Erscheinung, die um so bedeutungsvoller ist, je kräftiger das Streben, eine ewige Finsterniß zu erhalten, bei östlichen Despoten vorwaltete, und je weniger der Westen im Stande war, eine andere als eine defensive Stellung einzunehmen. Wir blicken über 2000 Jahre in die Geschichte zurück und finden eigentlich nur zwei Männer, Alexander von Macedonien und Napoleon, welche in dieser langen Zeit eine energische Offensive gegen den Osten ergriffen. Jetzt, wo das Unerhörte, das Schmachvollste, was die Weltgeschichte aufzuweisen, geschehen ist, wo die Fürsten zivilisirter Länder russische, tartarische und mongolische Barbarenhorden zur Unterdrückung der Kultur und Freiheit herbeigerufen, jetzt heißt es: Ihr Völker des Westens, organisirt und einigt Euch zur Defensive; denn Eure Fürsten haben Euch an den Hand des Verderbens geschleudert und frohlocken über Euren Sturz in den Abgrund.

Je verwickelter die Rege der russischen Diplomatie um freie Völker geschlungen wurden, je großartiger die Erfolge des letzten Jahres für Rußland waren, wo es, neben den Donaufürstenthümern, einen Napoleoniden zu seinem Vasallen erhielt, nachdem ein paar Millionen russischer Rubel der Republik Frankreich einen erbkaiserlichen Präbendenten verliehen hatten — desto wichtiger scheint es uns, einen Blick auf die übrigen offenkundigen Resultate der gisigen, schleichenden russischen Politik zu werfen.

Jedermann kennt das Verhältniß des russischen Czars zu der dem skandinavischen Reiche aufgedrängten Herrscherlinie Bernadotte; Jedermann weiß, wie Rußland Finnland und die deutschen Ostseeprovinzen in seine Gewalt brachte. Das Bemühen, eine seiner Aderkralen vom Norden her in den Nacken Deutschlands zu schlagen, stellt sich während des jetzigen dänischen Krieges schlagender als je heraus. Ueberall hegt Rußland mit den eingebildeten Rechten Dänemarks Feinde gegen Deutschland zusammen, und hat es jetzt so weit gebracht, daß das mittlerweile halb zerquetschte Dänemark genöthigt ist, den Schwiegersohn des Kaisers, den Herzog von Leuchtenberg, als Erben der dänischen Krone zu adoptiren. Da sehen wir die russische Politik in ihrem wahren Lichte: Beide streitende Parteien dienen Rußland zu seinen Eroberungsgelüsten und Vergrößerungsplänen! So ist es mit Dänemark und Deutschland, so ist es mit Ungarn und Oesterreich. Als König von Dänemark und russischer Satrap, wird es dem Herzoge von Leuchtenberg ein Leichtes seyn, Schleswig-Holstein, das herrliche, meerumschlungene Schleswig-Holstein, in eine russische Provinz zu verwandeln. Die Lage Schwedens und Norwegens würde dadurch immer isolirter, immer prekärer: ein paar Jahre würde es noch selbstständig figuriren und sich dann erschöpft dem russischen Bampyr in die Arme werfen! Schweden und Norwegen sind das für Rußland im Norden, was die Türkei im Süden ist: mit dem Besitze Dänemarks krallt es sich um Schweden; mit dem Besitze der Donaufürstenthümer um die Türkei. Betrachten wir jetzt die deutsche, polnische, österreichische Gränze Rußlands, so finden wir überall den Boden unterminirt, und da half Preußen — horribile dictu! Rußland auf's eifrigste. Preussische Diplomaten, Staatsjournale, Agenten und Spione bemüheten sich, vice versa, Polen und Deutsche gegen einander zu hetzen, weil beide ein gemeinschaftliches Ziel, die Freiheit der Völker, verfolgten.

Künstlich wurde dieser Haß geschürt, bis zu Erzeissen angeblasen, und die standrechtlichen Selbstherrscher lachten dazu in die Häute. Patten ihnen doch ihre Väter neben der „Gnade Gottes“ und ihrer Thronen eine Verblüderung gegen das Volk, neben ihrer Krone — Folter und Schaffotte vererbt! Mit welchen Mitteln der Geist der Kulte in den deutschen Ostseeprovinzen eingeführt wurde, ist lange nicht so bekannt, wie es seyn sollte. Da, wo die Rationalitäten sich dunkel m. sch. n. gegen Böhmen, Polen und Galizien, da wurde das verworfene Spiel der Aufsperrereien mit Glück und Bosheit gespielt. Der blutige galizische Aufstand vom Jahr 1846 war nichts Anderes, als despotische Wütherei Oesterreichs und Rußlands. Der galizische Adel füllte das Joch, welches seinen Nacken beugen sollte: Verschönerungen entstanden, die sich nach Polen und Ungarn hinein verdrückten, und nun hegte man die Bauern gegen die Gutbesitzer: es begann ein blutiges Treiben, und Kaiser Franz schlug in der Hölle ein Geiälchter auf über die teuflischen Exekutoren seines Testaments: „Amorem meum populis meis.“ Die Berliner und Wiener Postpresse — die Angehörigen der Presse an der Spitze — belehrte das Publikum, daß die galizischen Collekten übermäßig geworden, und daß die Bauern sich geräth! Wohl schüttelten Viele über dieses jesuitische Gemetzel bedenklich den Kopf, aber die Mäthen wurden nicht klug aus der Sache. Ich übergebe das Spiel, welches Rußland mit Ungarn, mit Siebenbürgen, mit den unglücklichen Sachsen in Siebenbürgen, mit den Donaufürstenthümern trieb. Die freien Blätter redeten darüber bereits manch wahres und ehrliches Wort. Die letzte Sendung des Generals Grabbe nach Konstantinopel hatte das Resultat, daß die schwache Türkei die Donaufürstenthümer, wo nicht schriftlich, doch faktisch an Rußland abtrat. Die Postblätter wollen noch nicht mit der Sprache heraus, das Befestigen wird aber schon kommen. So ist Deutschland die Hauptpulsader, die Donau, bereits vollständig von den Russen abgetrennt.

2.

Mit vollkommenem Rechte bezeichnet man Konstantinopel und Berlin als die Zentralkunkte russischer Intriguen. Seit dem Frieden von Hunfars-Szelessi unterwählten die verschmitztsten Diplomaten die selbständige Haltung der Türkei und erzielten eine Reihe von Erfolgen, die mehr als einmal in London und Paris Bedenken erregten und Noien und Anfragen aller Art veranlaßten. Rußland, welches im Jahre 1843 bei jeder Gelegenheit den Territorialbestand Europa's vom Jahre 1815 im Munde führte und aufrecht erhalten wissen wollte, verlegte zu allererst und auf zwiesache Weise die Wiener Kongressakte: es zerhörte den Kreisstaat Krakau und nahm Besitz von dem ganzen Donaudelta, von den sogenannten Sulinaumündungen, welche ausdrücklich in den Wiener Akten für „neutrales Gebiet“ erklärt wurden. Auf der größten und schönsten Sulinaufel prangt jetzt ein russisches Kastell, ringsumher erheben sich Schanzen und dahinter Dörfer und gehäufte Lagerstätten. So ist also die Mündung des ersten Stromes von Deutschland im Besitz der Russen, und bis an die Grenzen des Banats, bis Serbien schob Rußland seine Korpsen gegen den Westen vor. Wenn der österreichische Gesandte zu Konstantinopel, Baron Stürmer, seit Jahr und Tag schon ein Auge zu diesem Umfichtreiben der Russen zudrückte, so begreift man, daß jetzt,

